



Während eines Telefonats mit US-Präsident Donald Trump erklärte der russische Präsident Wladimir Putin gestern, er sei bereit, Angriffe auf Energieinfrastruktur im Krieg gegen die Ukraine zu stoppen – unter der Bedingung, dass beide Seiten sich daran hielten. Dies teilte der Kreml mit. Allerdings lehnte Putin einen weitergehenden, von den USA und der Ukraine vorgeschlagenen 30-tägigen Waffenstillstand ab.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj zeigte sich offen für eine Aussetzung der Angriffe auf Energieziele, betonte jedoch, dass die Vereinbarung nicht einseitig sein dürfe. „Es kann nicht sein, dass Russland unsere Energieversorgung attackiert und wir schweigen“, sagte er. „Wir werden reagieren.“

Putin erklärte Trump zudem, dass die „zentrale Voraussetzung“ für eine Lösung des Konflikts das Ende der westlichen militärischen und geheimdienstlichen Unterstützung für die Ukraine sei. Ein solcher Schritt, so Analysten, würde die Ukraine dauerhaft verwundbar gegenüber Russland machen.

Das Weiße Haus wertete eine Unterbrechung der Angriffe auf Energieziele als einen ersten Schritt in Richtung Frieden. Dennoch fiel das Ergebnis des Gesprächs mit Putin weit hinter das zurück, was Trump als möglich dargestellt hatte.

Analyse: Ein Stopp der Angriffe auf Energieinfrastruktur könnte beiden Ländern nutzen. Die Ukraine kämpft mit den wiederholten russischen Attacken auf ihr Stromnetz, während ukrainische Angriffe auf russische Öl- und Gasanlagen eine essenzielle Einnahmequelle Moskaus bedrohen.

Israels Angriffe auf Gaza fordern über 400 Tote

Israels Streitkräfte haben gestern massive Luftangriffe auf den Gazastreifen durchgeführt und damit eine seit Januar bestehende Feuerpause mit der Hamas beendet. Die Angriffe kosteten laut Gesundheitsministerium in Gaza mehr als 400 Menschen das Leben – darunter viele Kinder. Es war einer der blutigsten Tage seit Beginn des Krieges.

Die Attacken folgten auf wochenlange gescheiterte Verhandlungen über eine Verlängerung des fragilen Waffenstillstands. Die erste Phase der Feuerpause lief bereits Anfang März aus, wurde jedoch weitgehend eingehalten, während Diplomaten versuchten, eine Verlängerung zu erreichen, um die verbliebenen israelischen Geiseln zu befreien. Von den 59 noch in Gaza



vermuteten Geiseln sind wahrscheinlich weniger als die Hälfte noch am Leben.

Premierminister Benjamin Netanjahu deutete an, dass Israel weitere Angriffe parallel zu laufenden Verhandlungen durchführen werde. „Das ist erst der Anfang“, sagte er. „Wir werden weiterkämpfen, bis alle Kriegsziele erreicht sind.“ Hamas-Offizielle warfen Israel vor, die Waffenruhe einseitig gebrochen zu haben, reagierten jedoch zunächst nicht militärisch.

Analyse: Israel scheint den Krieg fortzusetzen, um die Kontrolle der Hamas über Gaza endgültig zu brechen, schreiben die Analysten Patrick Kingsley und Ronen Bergman.

Oberster US-Richter widerspricht Trump

Wenige Stunden nachdem Ex-Präsident Donald Trump die Amtsenthebung eines Richters gefordert hatte, der gegen seine Regierung entschieden hatte, äußerte sich der Oberste Richter der USA, John Roberts, mit einer seltenen öffentlichen Stellungnahme.

„Seit über zwei Jahrhunderten steht fest, dass eine Amtsenthebung nicht als Reaktion auf eine juristische Entscheidung angebracht ist“, erklärte Roberts. Der von Trump kritisierte Richter hatte zuvor eine Abschiebung hunderter Migranten nach El Salvador gestoppt.

Hintergrund: Der Fall ist Teil einer größeren Debatte über die Machtbefugnisse des Präsidenten und die Rolle der Gerichte bei deren Kontrolle.

WEITERE WICHTIGE NACHRICHTEN



- **Raumfahrt:** Zwei NASA-Astronauten sind nach einem neun Monate längeren Aufenthalt als geplant sicher vor der Küste Floridas gelandet.
- **Technologie:** Google übernimmt das Cybersecurity-Start-up Wiz für 32 Milliarden Dollar – der bislang größte Zukauf des Unternehmens.
- **Deutschland:** Der Bundestag hat knapp für eine Lockerung der Schuldenbremse gestimmt, um mehr Geld für Verteidigung und Infrastruktur bereitzustellen.
- **Sudan:** US-Kürzungen bei Auslandshilfen treffen lebenswichtige Ressourcen für Flüchtlinge aus Darfur.
- **Großbritannien:** Die Mitte-Links-Regierung der Labour-Partei hat neue Pläne zur Begrenzung der steigenden Sozialausgaben vorgestellt.
- **Frankreich:** Caroline Darian, Tochter von Gisèle Pelicot, klagt gegen ihren Vater wegen Vergewaltigung und sexuellen Missbrauchs.
- **Südafrika:** Trotz laufender Untersuchungen zu Übergriffen weigert sich das Land, Wissenschaftler aus einer Antarktis-Station abzuziehen.
- **Kriminalität:** In Großbritannien fordern ehemalige Krankenhausmanager, die Ermittlungen gegen die verurteilte Mörderin Lucy Letby auszusetzen – neue Beweise deuten auf andere Todesursachen der Babys hin.
- **Nepal:** Drohnen sollen künftig schwere und gefährliche Lasten auf den Mount Everest transportieren – eine Aufgabe, die bisher von Bergführern übernommen wurde.

Von C. Hatty